

Urabstimmung: Für Beschäftigung! Gegen Arbeitszeitverlängerung und Lohnkürzung!

Im Juni 2003 hat die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) die Tarifverträge zum Urlaubs- und Weihnachtsgeld und im März 2004 die tariflichen Arbeitszeitregelungen gekündigt. Die Arbeitgeber verlangen von den Beschäftigten, bei Neueinstellungen, befristeten Vertragsverlängerungen oder Höhergruppierungen arbeitsvertraglich einer Verlängerung der Arbeitszeit auf 42 Stunden zuzustimmen - ohne Lohnausgleich! Gleichzeitig streichen sie das Urlaubs- und Weihnachtsgeld.

Alle diese Maßnahmen sollen angeblich der Sicherung der Arbeitsplätze dienen. Tatsächlich werden immer mehr Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut. Durch die Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld wird den Beschäftigten noch mehr Geld aus der Tasche gezogen.

Arbeitszeitverlängerung vernichtet Arbeitsplätze und bedeutet Lohnsenkung!

- * 3 1/2 Stunden mehr Arbeitsleistung pro Woche sind 154¹⁾ Stunden, 20 Tage oder 9 % mehr im Jahr - ohne Bezahlung.
- * 9% mehr Arbeitsleistung bedeutet: Jeder 11. Arbeitsplatz wird abgebaut!

1) unter Berücksichtigung von Feiertagen
sowie 6 Wochen Urlaub

Die Wahrheit ist:

- * Längere Arbeitszeit vernichtet Arbeitsplätze!
- * Weniger Arbeitsplätze bedeuten: Keine Aussicht auf Übernahme für Auszubildende!
- * Weniger Arbeitsplätze sind ein Schlag ins Gesicht von 5 Millionen arbeitslosen Menschen!

Gegen das Diktat der Länder!

Die Arbeitgeber haben den Beamtinnen und Beamten die Verlängerung der Arbeitszeit aufgezwungen. Mit dem scheinheiligen Argument der „Gerechtigkeit“ wollen sie ihr Arbeitszeitdiktat und die Lohnkürzung nach Gutsherrenart auf alle Beschäftigten übertragen. Das lassen wir uns nicht bieten.

ver.di hat immer wieder versucht, mit der TdL eine Lösung zu finden, die den Besonderheiten bei den Ländern gerecht wird. Wir wollen, dass die Länder wieder zu einem gemeinsamen Tarifrecht für den öffentlichen Dienst mit dem TVöD zurückkehren. Alle diese Gespräche brachten keinen Erfolg! Die Länder waren nicht bereit zu einem fairen Interessenausgleich.

Jetzt müssen wir uns mit Streiks zur Wehr setzen.

Wir fordern:

- die Wiederinkraftsetzung der Tarifverträge zum Weihnachts- und Urlaubsgeld in Ost und West
- den Erhalt der 38,5-Stunden-Woche in West und der 40-Stunden-Woche in Ost

Wir wollen auch, dass

- das neue Tarifrecht des öffentlichen Dienstes auf die Länder übertragen und
- die Einkommen erhöht werden!

Wir wollen in den Ländern verbindliche Tarifverträge!

Beschäftigte der Länder dürfen nicht abgehängt werden!

Deswegen: Urabstimmung jetzt!!!

**Dein *Recht*,
unsere *Verantwortung!***



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft